

«Bürgerlich» ist ein diffuser Begriff

Damit die FDP in grösseren Städten (Kernstädten), insbesondere in der Metropole Zürich, mehr Wählerinnen und Wähler des städtischen Mittelstandes, vor allem auch jüngere, gewinnen kann, sollte sie sich als zukunftsfähige liberale Partei statt als nicht mehr zeitgemässe bürgerliche Partei profilieren (NZZ 31. 1. 17). Bürgerlich ist ein diffuser, mehrdeutiger und nicht mehr zeitgemässer Begriff. Für viele bedeutet bürgerlich rückständig.

Früher grenzten sich die Bürgerlichen mit dem Kampfbegriff «bürgerliches Lager» von der Arbeiterschaft ab. Aber heute sind Frauen und Männer aller Lager in sogenannten bürgerlichen Berufen tätig. In grösseren Städten sollte sich die FDP, vor allem auch ihre Behördenmitglieder, mehr Stadtkompetenz aneignen, das heisst die Fähigkeit, mit den komplexen Problemen in grösseren Städten als Laboratorien der Zukunft der Gesellschaft, Arbeitswelt, Stadtentwicklung, Wohnformen und Integration von Ausländerinnen und Ausländern kreativ und innovativ umzugehen. Dazu gehört auch der Umgang mit einer gewandelten Rolle der Frauen in Familie und Beruf und deren Auswirkungen auf die Gesellschaft, Arbeitswelt und Schule. Grössere Städte sind zudem gefordert, die Chancen und Risiken als Folge des Wandels in Europa und in der Welt rechtzeitig zu erkennen, um darauf zukunftstauglich reagieren zu können, was auch die FDP berücksichtigen sollte.

Werner Streich, Zürich

Beginn einer neuen Finanzkrise?

Schwache Eigenkapitalisierung, massloser und spekulativer Eigenhandel mit Ramschpapieren sowie gierige Investmentbanker waren bekanntlich die Hauptauslöser für die katastrophale und weltweit bis heute nachwirkende Finanzkrise. Angesichts der geplanten Lockerung der unter Obama eingeführten Regulierungsvorschriften (NZZ 4. 2. 17, «Startschuss zur Finanzderegulierung») scheinen diese nachweislichen Fakten offensichtlich bei der Trump-Administration bereits Schnee von gestern zu sein. Dies erstaunt jedoch nicht weiter, hat doch Trump seine Finanz-

Einflüsterer allesamt aus der skrupellosen Investmentbanker-Gilde der Wall-Street-Banken rekrutiert. Insbesondere die Aufweichung der mit der Volcker-Rule eingeführten Beschränkung des Eigenhandels der Banken wäre ein verheerendes Signal und könnte den Startschuss zur nächsten Finanzkrise bedeuten! Im weltweiten Interesse an einigermaßen stabilen Finanzmärkten ist nur zu hoffen, dass sich im US-Kongress doch noch die eine oder andere vernünftige und verantwortungsbewusste Person finden lässt.

Willy Gerber, Balgach

Am Schluss bezahlen wir alle

Nicht wenigen Leserbriefverfassern will ich beipflichten, wenn sie sich über stets steigende Krankenkassenprämien beklagen (diese haben sich in den letzten zwanzig Jahren mehr als verdoppelt!). Doch die Kassen einfach als «Übeltäter» zu nennen, ist falsch, auch wenn man sich wünschte, dass diese sich – zusammen mit der Politik – für mehr Kostentransparenz einsetzen. Die Vertragsfreiheit zwischen Krankenkassen, Spitälern und Ärzten z. B. würde hier einiges stark verbessern.

Sünder gibt es viele; angefangen bei Alain Berset und seinen Beamten, die unsere hohen Prämien ja mitbestimmen, über Heerscharen, die wegen jeden Grippeverdachts ins Spital rennen. Und einmal da, ist absolut unklar, wie viele Mittel und Behandlungen überflüssig und welche Preise zu hoch sind.

Doch es gibt auch kleinere Sünder. Ich brauche zurzeit Stützstrümpfe. Ein Paar davon kostete tatsächlich über 600 Franken! Ich konnte das einfach nicht glauben und wandte mich an die Apotheke meines Vertrauens. Dort bekam ich beste Beratung und schöne, aber auch sehr wirksame Strümpfe für 90 Franken. Auch das ist Missbrauch, wenn auch im Kleineren. Aber damit beginnt ja der ganze Zauber; nämlich im Denken, «das wird ja eh bezahlt . . .!». Doch das bezahlt nicht irgendwer, sondern schliesslich wir alle!

Bruno Fäh, Baar

Regionalspitäler sind wichtig

Die Vorschläge des Autors zur Spitallandschaft (NZZ 26. 1. 17) mögen richtig sein, wenn er aber für die Schliessung der kleinen «peripheren» Spitäler plädiert, liegt er falsch. Der Widerstand der Bevölkerung dagegen hat gute Gründe: die Geografie und die Erfahrung. Es ist für Leute aus Bergtälern beschwerlich und nicht einfach, ihre Angehörigen in einem entfernten Zentrumsspital zu besuchen. Die Dienste der kleinen, lokalen Spitäler reichen für die überwiegende Zahl ihrer Krankheiten, und in Ausnahmefällen sind sie mit der oft nur vorübergehenden Verlegung in ein grösseres Spital einverstanden. Der staatliche englische Gesundheitsdienst Nice ist auch gegen die Schliessung der kleinen Spitäler. Vor allem für die ältere Bevölkerung sind sie effizienter und ihr Betrieb günstiger (British Medical Journal 2014). Es ist nicht klar, wie der Autor des Artikels «Volk will den Fünfer und das Weggli» zu dieser Angabe kommt: «94 Prozent der Bewohner sind heute in

der Lage, mit dem Auto in 15 Minuten das nächstgelegene Spital zu erreichen». Schon in den Grossstädten dürfte es für nicht wenige nur in den Nachtstunden möglich sein.

Dr. med. Peter Marko, St. Gallen

Kanadas Selbstverständnis

Das Attentat in Quebec City war ein klarer Fall von Terror gegen Muslime, wie der kanadische Premierminister Justin Trudeau es aussprach. Beat Wieser sieht darin einen Hinweis darauf, «wie schwierig der Multikulturalismus im Zeitalter der Flüchtlingsströme aufrechtzuerhalten sein wird» (NZZ 31. 1. 17).

Es wäre jedoch falsch, den kanadischen Multikulturalismus auf Flüchtlinge und «Willkommenskultur» zu reduzieren. Kanada ist bekanntlich eine Migrationsgesellschaft: Mit Ausnahme der Ureinwohner sind alle irgendwann zugewandert. Die Förderung des Multikulturalismus ist auch keine Modeerscheinung, sondern seit Jahrzehnten die offizielle Staatspolitik.

Verantwortlich für die Bluttat sind weder die längst eingebürgerten Migranten, die einen wesentlichen Beitrag zur kanadischen Gesellschaft liefern, noch die Flüchtlinge, die dank Kanadas humanistischer Haltung aufgenommen werden. Täter Alexandre Bissonnette ist ein Anhänger der islamophoben und migrationsfeindlichen Positionen von Figuren wie Marine Le Pen und Donald Trump. Kontext dieses Attentats ist also ein Rechtsnationalismus, der Hass predigt, Gewalt verherrlicht und leider auch in Kanada grassiert, angestachelt unter anderem durch irreführende Medienberichte und Neonazi-Websites.

Robin Curtis, Marcy Goldberg, Katrin Gygax, Kerstin Hasslöcher, Rafaël Newman, Zürich und Toronto

Negativanreize für Langzeitstudenten

Mit grossem Interesse las ich die Kolumne von Gerhard Schwarz über die Studienfinanzierung (NZZ 4. 2. 17). Ich stimme absolut zu, dass es ein Missverhältnis in der Finanzierung gibt, beispielsweise im Vergleich Fachhochschule zu Universität. Zudem wird der oft erwähnte ewige Student im gegenwärtigen System nicht zu einem Umdenken gezwungen. Trotzdem würde ich davon abraten, Studiengebühren zu erhöhen. Dies aus dem einfachen Grund, dass dies den Zugang zu tertiärer Bildung für gewisse Einkommensklassen erschwert. Eine weit bessere Lösung wäre eine zeitlich befristete Steuer, die alle zahlen müssen, die zuvor studiert haben. Dies würde den Zugang zu Bildung nicht verringern, die Finanzierung des Studiums würde von den Verursachern mitgetragen, und es könnten Negativanreize für Langzeitstudenten gesetzt werden (etwa durch eine höhere Steuer, wenn das Studium nicht in einer bestimmten Frist abgeschlossen wird). In Australien wird meines Wissens eine ähnliche Form der Studienfinanzierung betrieben. Vielleicht hatte Gerhard Schwarz etwas Ähnliches im Sinn, als er die Kolumne geschrieben hat, der Beitrag war auf jeden Fall sehr lesenswert.

Yannick Brun, Zürich

WAS LÄUFT FALSCH?

Verantwortung ernst nehmen

Gastkommentar

von MICHELINE CALMY-REY

Gleich sechs Mitglieder des Bundesrats nahmen am diesjährigen Weltwirtschaftsforum in Davos teil. Das Treffen stand unter dem Motto «Responsive and Responsible Leadership». Ein brandaktuelles Thema zu einer Zeit, in der tatsächliche und behauptete Schattenseiten der Globalisierung die Stabilität der Welt bedrohen und das Misstrauen gegenüber den Mächtigen immer breitere Kreise erfasst hat. Die in Davos versammelten Regierungs- und Konzernvertreter müssten eigentlich alles tun, um das Vertrauen in der Bevölkerung zurückzugewinnen: Eine Basis dafür wäre der verantwortungsvolle Umgang der Unternehmen allen Menschen gegenüber, die von ihren Aktivitäten betroffen sind.

Genau darauf zielen die 2011 vom Uno-Menschenrechtsrat einstimmig verabschiedeten Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte, welche die Staaten genauso in die Pflicht nehmen wie Unternehmen. Doch kam die Umsetzung dieser Prinzipien – ganz gemäss dem WEF-Motto – in Davos entsprechend prominent zur Sprache? Oder hat sich wenigstens die offizielle Schweiz, die am WEF so gut vertreten war, mit der Umsetzung der Prinzipien herorgetan?

Die Schweizer Diplomatie hat sich bei der Erarbeitung und Formulierung der Uno-Leitprinzipien stark engagiert. Trotzdem lässt der innerstaatliche Umsetzungsprozess in der Schweiz bis jetzt zu wünschen übrig. Mit der Verabschiedung der Uno-Leitprinzipien

Der Bundesrat hat es verpasst aufzuzeigen, wo zwischen bestehenden Massnahmen und tatsächlichen Risiken die grössten Lücken klaffen. Der Berg hat eine Maus geboren.

wurden alle Staaten angehalten, Nationale Aktionspläne (NAP) für ihre Umsetzung zu erarbeiten. Nach vier Jahren hat im Dezember auch die Schweiz ihren NAP verabschiedet. Doch der Berg hat eine Maus geboren: Der Bundesrat hat es verpasst aufzuzeigen, wo zwischen bestehenden Massnahmen und tatsächlichen Risiken die grössten Lücken klaffen. Aufgabe des Gesetzgebers ist es schliesslich, diese zu schliessen und die Schweiz in Einklang mit den Uno-Leitprinzipien zu bringen. Doch der NAP enthält kaum neue Massnahmen, und diese sind zudem unverbindlich und ineffektiv.

Ein zentrales Instrument in den Uno-Leitprinzipien sind menschenrechtliche Sorgfaltsprüfungen, und der internationale Trend geht heute in die Richtung, diese gesetzlich vorzuschreiben. Damit werden Unternehmen verpflichtet zu überprüfen, welche Risiken für Menschenrechtsverletzungen in ihrer Geschäftstätigkeit bestehen. Diese Risiken sollen sie eliminieren und über die dafür getroffenen Massnahmen Bericht erstatten. So hat beispielsweise der Europarat 2016 seinen Mitgliedstaaten empfohlen, Sorgfaltsprüfungen, überall wo signifikante Risiken bestehen, verbindlich vorzuschreiben.

Und unsere Nachbarländer geben Gas: Italien nimmt juristische Abklärungen für die Einführung einer solchen Verpflichtung vor, Deutschland plant die konkrete Praxis von Unternehmen systematisch zu überprüfen, und in Frankreich steht ein Gesetz für eine Sorgfaltsprüfungspflicht bereits kurz vor der Verabschiedung.

Auch die Schweiz muss aktiv werden, und die Konzernverantwortungsinitiative kommt damit genau richtig. Sie schlägt mit der Einführung einer Sorgfaltsprüfungspflicht für Schweizer Konzerne letztlich nichts anderes als die Umsetzung der Uno-Leitprinzipien vor. Die Umsetzung eines international anerkannten Mindeststandards also, dessen Erarbeitung die Schweiz selber aktiv unterstützt hat. Damit sichergestellt ist, dass sich auch alle daran halten, sieht die Initiative eine gezielte Anpassung der zivilrechtlichen Haftung vor. Unser Land hat sehr viele global tätige Unternehmen. Mit der Konzernverantwortungsinitiative würde sichergestellt, dass diese weltweit verantwortlich handeln. Dies schafft Vertrauen in die globalisierte Wirtschaft made in Switzerland.

Micheline Calmy-Rey war Schweizer Aussenministerin und ist Mitglied des Initiativkomitees der Konzernverantwortungsinitiative.

In der Rubrik «Was läuft falsch?» beschreiben Verbände und Organisationen, was sich ihrer Meinung nach in der Schweiz ändern müsste.

Neue Zürcher Zeitung

UND SCHWEIZERISCHES HANDELSBLATT

Gegründet 1780
Der Zürcher Zeitung 238. Jahrgang

REDAKTION

Chefredaktor:
Eric Gujer

Stellvertreter:

Luzi Bernet, Colette Gradwohl, Thomas Stamm, Daniel Wechlin

Tagesleitung: Colette Gradwohl, Christoph Fisch, Thomas Stamm, Anja Grünenfelder, Daniel Wechlin

International: Peter Rásonyi, Andreas Ritsch, Andreas Wysling, Werner J. Marti, Beat Bumbacher, Stefan Reis Schweizer, Nicole Anliker, Nina Belz, Marie-Astrid Langer, Christian Weisflog, Daniel Steinorth

Schweiz: Michael Schoenenberger, Marcel Gyr, Paul Schneebarger, Claudia Baer, Jörg Krummenacher, Simon Gempertli, Daniel Göry, Frank Sieber, Marcel Amrein, Erich Aschwanden, Marc Trübhorn, Simon Hehl, Helmut Stadler

Bundeshaus: Heidi Gimür, Christof Forster, Jan Flückiger, Valerie Zaslavski

Bundesgericht: Katharina Fontana

Wirtschaft / Börse: Peter A. Fischer, Werner Enz, Ernes Gallarotti, Sergio Aiolfi, Thomas Fuster, Christin Severin, Nicole Rütli Ruzic, Andrea Martel Fus, Claudia Aebbersold Szalay, Giorgio V. Müller, Michael Ferber, Lucie Paška, Hansueli Schöchli, Thomas Schürpf, Zoé Inés Baches Kunz, Natalie Gradwohl,

Werner Grundtöner, Daniel Imwinkelried, Christof Leisinger, Anne-Barbara Luft, Christoph G. Schmutz, Michael Schäfer, Dieter Bachmann, Jörg Müller

Fußball: René Scheu, Roman Hollenstein, Angela Schader, Claudia Schwartz, Andrea Köhler, Thomas Ribl, Uwe Justus Wenzel, Ueli Bernays, Roman Bucheli, Susanne Ostwald,

Philipp Meier

Medien: Rainer Stadler

Zürich: Luzi Bernet, Alois Fausi, Dorothee Vögeli, Irène Troxler, Urs Bühler, Walter Bernet, Brigitte Hürlimann, Stefan Tölg, Adi

Kälin, Natalie Avanzino, Andreas Schürer, Fabian Baumgartner, Jan Hudoc, Lucien Scherrer

Sport: Elmar Wagner, Flurin Dialina, Andreas Kopp, Benjamin Steffen, Daniel Germann, Peter B. Birrer, Markus Wändler, Philipp Bärtsch, Samuel Burgenen, Claudia Rey

Meinung & Debatte: Martin Senti, Andreas Breitenstein, Elena Panagiotidis

Panorama: Katja Baigger, Susanna Ellner

Wissenschaft: Christian Speicher, Alan Niederer, Stefan Betschon, Stephanie Kusma, Lena Stallmach, Helga Rietz

Wochenende/Gesellschaft: Colette Gradwohl, Susanna Müller, Anja Jardine, Herbert Schmidt

Nachrichtenredaktion: Anja Grünenfelder, Manuela Nyffenegger, Nina Fargahi, Tobias Bühlmann, Martina Läubli, Katrin Schregenberg

Webproduktion: Michèle Schell, Roman Sigrist, Susanna Rusterholz

GESTALTUNG UND PRODUKTION

Art-Direction/Bild: Reto Althaus, Brigitte Meyer, **Fotografen:** Christoph Ruckstuhl, **Blattplanung:** Philipp Müller, **Produktion/**

Layout: Hansruedi Frei, **Korrektorat:** Yvonne Betttschen, **Archiv:** Ruth Haener, **Storytelling:** David Bauer, **Video:** Sara Maria Minzo, **Projekte:** André Mierz

WEITERE REDAKTIONEN

Verlagsbeilagen: Walter Hagenbüchle, **NZZ am Sonntag:** Chefredaktor: Felix E. Müller, **NZZ Folio:** Daniel Weber, **NZZ TV/Format:** Silvia Fleck, **NZZ Geschichte:** Peer Touwson

NZZ-MEDIENGRUPPE

Veit V. Dengler (CEO)

ADRESSEN

Redaktion: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, Fax 044 252 13 29, leserbrieft@nzz.ch, Internet: www.nzz.ch, E-Mail: redaktion@nzz.ch

Verlag: Falkenstr. 11; Briefe: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 11 11, E-Mail: verlag@nzz.ch,

Leserservice: Postfach, CH-8021 Zürich, Tel. +41 44 258 10 00, E-Mail: leserservice@nzz.ch, www.nzz.ch/leserservice

Inserate: NZZ Media Solutions AG, Falkenstrasse 11, CH-8021 Zürich, Tel. 044 258 16 98, Fax 044 258 13 70, E-Mail: inserate@nzz.ch, Internet: www.nzzmediasolutions.ch

Druck: DZZ Druckzentrum Zürich AG, Bubenbergstrasse 1, CH-8045 Zürich

PREISE ABONNEMENTE (inkl. MWST.)

Abonnement NZZ inkl. digitaler Ausgaben: 684 Fr. (12 Monate), 378 Fr. (6 Monate), 201 Fr. (3 Monate)

Abonnement NZZ Digital: 504 Fr. (12 Monate), 288 Fr. (6 Monate), 156 Fr. (3 Monate), 52 Fr. (10 Wochen)

Abonnement NZZ Digital Plus: 588 Fr. (12 Monate), 318 Fr. (6 Monate), 171 Fr. (3 Monate), 73 Fr. (10 Wochen). Montag bis Samstag digital, am Samstag zusätzlich die gedruckte Ausgabe

Abonnement Deutschland und Österreich inkl. digitaler Ausgaben: 498 € (12 Monate), 268 € (6 Monate), 135 € (3 Monate), übrige Auslandspreise auf Anfrage

Kombi-Abonnement NZZ und NZZ am Sonntag inkl. digitaler Ausgaben: 816 Fr. (12 Monate), 456 Fr. (6 Monate), 246 Fr. (3 Monate), 90 Fr. (10 Wochen)

Studenten und Lernende: 40 Prozent Rabatt auf Abonnementpreise (mit gültigem Studenten- oder Lehrlingsausweis)

Alle Preise gültig ab 2. 11. 2016

Die Abonnementadressen werden, soweit erforderlich und nur zu diesem Zweck, an die mit der Zustellung betrauten Logistikunternehmen übermittelt.

Anzeigen: gemäss Preisliste vom 1. 1. 2017

BEGLAUBIGTE AUFLAGE

Verbreitete Auflage: 115 510 Ex. (Wemf 2016)

Alle Rechte vorbehalten. Jede Verwendung der redaktionellen Texte (insbesondere deren Vervielfältigung, Verbreitung, Speicherung und Bearbeitung) bedarf der schriftlichen Zustimmung durch die Redaktion. Ferner ist diese berechtigt, veröffentlichte Beiträge in eigenen gedruckten und elektronischen Produkten zu verwenden oder eine Nutzung Dritten zu gestatten. Für jegliche Verwendung von Inseraten ist die Zustimmung der Geschäftsleitung einzuholen.

© Neue Zürcher Zeitung AG

Kartengrundlage: © OpenStreetMap contributors